

## Corona als Vorwand

### Warum die Zweifel an Sinn und Begründung der Pandemie-Politik wachsen

Michael Paulwitz

Reisen erweitert den Horizont. Während in Deutschland Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Andeutungen von einem neuerlich Corona-„Desaster“ raunt und vor weiteren Lockerungen warnt und ihr Gesundheitsminister neue „Reisewarnungen“ ausspricht, die dem zaghaft sich berappelnden Tourismus-Gewerbe einen frischen Tritt in die Kniekehlen verpassen, bewegen sich in den baltischen Staaten Bürger und Reisende in unmaskierter Normalität, kehrt das Leben in Wirtschaft, Kultur und Gastronomie zurück.

Offenkundig hat es auch mehr politische als sachliche Gründe, wenn in dem einen Land pragmatisch gehandhabte Abstandsregeln und Desinfektionsgelegenheiten genügen, um allmählich in den Alltag einer zivilisierten Industriegesellschaft zurückzukehren, während im Nachbarland Regierung und Verwaltungen ihre Bürger mit einer Breitseite an Warnungen und Vorschriften überziehen und alles daransetzen, um mit immer ausgefeilteren Restriktionen – die unter Inkaufnahme gravierender wirtschaftlicher und persönlicher Folgen durchgesetzt werden – eine Grundstimmung von Alarmismus, Hysterie und Angstmache aufrechtzuerhalten.

Symbol dieser von oben verstärkten Aufgeregtheit ist die „Alltagsmaske“, deren sanktionsbewehrtes Tragen längst zum nicht mehr zu hinterfragenden Glaubensartikel erhoben worden ist, obwohl der faktische Nutzen im Hinblick auf eine erwünschte Eindämmung des Infektionsgeschehens nach wie vor umstritten ist, und eine nüchterne und rationale Debatte über die schädlichen Nebenwirkungen dieses Rituals kaum geführt werden kann.

Unstreitig dürfte sein, daß die endzeitlich anmutende Allgegenwart von Vermummungen der Fixierung des öffentlichen Bewußtseins auf eine alarmistische Grundeinstellung dient. Ganz zu schweigen von der Kultur abbrechenden Gesichtsverhüllung, die soziale Kommunikation erschwert, welche in Europa wesentlich auch übers Mienenspiel stattfindet, und dem Händedruck, der als Zeichen der friedfertigen, unbewaffneten Begegnung eine zivilisatorische Errungenschaft darstellt.

Das Ende der Sommerferien und die Rückkehr der Schüler an die Bildungseinrichtungen setzt auch dem in die Länge gezogenen „Weiter so“ im Wirrwarr der Corona-Maßnahmen Grenzen. Vom vielbeschworenen Aufholen bei der Einführung moderner Kommunikationsmittel, um den Präsenzunterricht zu ergänzen oder teilweise zu ersetzen, ist wenig bis nichts zu bemerken. An der wachsenden Zahl

von Problemschulen, an denen Unterricht und Kommunikation nicht einmal unter Normalbedingungen funktionieren, war dies ohnehin illusorisch.

Um so kreativer zeigen sich die Kultusminister und Schulverwaltungen der Länder dagegen beim Erfinden von Abstands- und Hygieneregeln und beim Ausdenken von Vorschriften für das Maskentragen – auf dem Weg ins Klassenzimmer, im Gebäude und auf dem Schulhof oder sogar, wie in Nordrhein-Westfalen, ab der Klassenstufe fünf während des gesamten Unterrichts.

Es grenzt an Körperverletzung, Kinder und Heranwachsende teilweise zu stundenlangem und keimvermehrenden Gesichtsbedeckungen zu zwingen, wenn sie sich doch eigentlich auf den Unterricht konzentrieren und lernen sollten. Und es ist befremdlich, daß selbst dieser Übergriff auf die körperliche Unversehrtheit ihrer Kinder nicht noch wesentlich mehr Eltern aufbegehren läßt.

Fakten aber spielen in der Corona-Frage nur noch eine nachgeordnete Rolle. Politik und Medien präsentieren den Bürgern zwar tagtäglich mit besorgtem Gestus Zahlen von „positiv Getesteten“, setzen diese aber oft undifferenziert mit „Infizierten“, „Fällen“ und „Erkrankungen“ gleich.

Bis heute steht eine ehrliche Bestandsaufnahme aus, die die tatsächliche Gefährlichkeit des Sars-CoV-2-Virus gegen die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Auswirkungen und Kollateralschäden der Pandemie-Gegenmaßnahmen vernünftig abwägt. Bis heute findet auch keine unvoreingenommene Debatte darüber statt, ob der glimpfliche Verlauf der Virusausbreitung in Deutschland tatsächlich den Maßnahmen zu verdanken ist, die erst ergriffen wurden, als das Infektionsgeschehen bereits wieder zurückging, oder auf kulturelle, gesellschaftliche und infrastrukturelle Bedingungen zurückzuführen ist.

Solange sich Regierungshandeln auf ausgewählte Experten-Meinungen und Verordnungen stützt, während abweichende Positionen und Kritik daran ausgeblendet oder denunziert werden, ist diese dringend gebotene Debatte auch nicht möglich. Es mag übertrieben sein, jetzt schon von einer „Gesundheitsdiktatur“ mit totalitären Tendenzen zu sprechen, aber die Verbote sind unübersehbar.

Verweigern die Verantwortlichen deswegen die Corona-Kurswende, weil sie nicht zugeben wollen, das Virus zuerst unter- und dann überschätzt und deshalb überreagiert zu haben? Oder ist „Corona“ ein willkommener Vorwand, um Bürger- und Freiheitsrechte widerstandslos abzuräumen, große Teile der Wirtschaft zu verstaatlichen, weitreichende Transformationsprojekte durchzudrücken und die Verantwortung für einen ohnehin sich anbahnenden Systemcrash abzuwälzen?

Und neben den wirtschaftlichen nicht zu vergessen die menschlichen und gesundheitlichen Kollateralschäden und Lebensverluste, die ruinierten Existenzen, die

nicht durch das Coronavirus, aber durch Einsamkeit, verschleppte Arztbesuche und aufgeschobene Behandlungen Geschädigten und Verstorbenen.

Das Ergebnis der Corona-Politik wäre in jedem Fall das gleiche – die Unterminierung der wirtschaftlichen, finanziellen und gesellschaftlichen Ordnung, wie wir sie kennen.

## **Der Ideologie unterworfen**

**USA: Ein gespaltenes Land tritt an zur Präsidentenwahl / „Antirassismus“ als Machtmittel**

**Björn Harms**

Auch drei Monate nach dem Tod von George Floyd nehmen die ständigen Unruhen in den USA kein Ende. In Portland randalierten am Wochenende Hunderte Antifa- und „Black Lives Matter“-Demonstranten und lieferten sich blutige Straßenschlachten mit der Polizei. In Chicago plünderten jüngst Dutzende Schwarze ganze Einkaufsläden leer und demolierten die Innenstadt. In Michigan griff „Black Lives Matter“ eine Kundgebung der rechten „Proud Boys“-Bewegung an. Die US-Gesellschaft präsentiert sich derzeit gespalten wie selten zuvor.

Nur noch 74 Tage zählt der Kalender, dann wird entschieden, wer in dieser hitzigen Atmosphäre zukünftig die USA regiert: Amtsinhaber Donald Trump, der in den Umfragen zuletzt seinen Rückstand verkürzte, oder sein Herausforderer Joe Biden (Demokraten). Tatsächlich, Joe Biden? Nun, zumindest offiziell könnte es der 77jährige werden. Weder hat Biden die Kontrolle über seine Kampagne, noch scheint er – wie seine wiederholten Aussetzer in der Öffentlichkeit beweisen – mental auf der Höhe zu sein.

Deshalb ist die Personalie Kamala Harris, die nun als mögliche Vizepräsidentin nominiert wurde, so entscheidend. Die ehemalige Generalstaatsanwältin aus Kalifornien könnte inoffiziell die Amtsgeschäfte übernehmen – mitunter sogar offiziell: Nur wenige Stunden nach Bekanntgabe ihrer Nominierung als Kandidatin für das Vize-Präsidentenamt veröffentlichte CNN einen Bericht, in dem der Sender Biden dazu beglückwünschte, jemanden gefunden zu haben, der bereit sei einzuspringen, „falls und wenn Biden beschließt, abzutreten“ – ein deutlicher Fingerzeig.

Harris' Nominierung ist eine logische Folge der Umstände. Biden hatte zunächst versprochen, eine Frau für das Amt des Vizepräsidenten zu nominieren. Nach dem Tod von George Floyd blieb ihm keine Wahl, als eine schwarze Frau zu wählen. Mit den Worten „die Tochter eines Jamaikaners und einer indischen Einwanderin“ leitete er die Vorstellung der 55jährigen auf Twitter ein und zeigte damit, daß Identität und Ethnie im Zeitalter des Antirassismus die Fragen nach rechten oder linken Positionen

längst überschatten. Und machen wir uns nichts vor: Dieser Zeitgeist wird die USA die nächsten Jahre beherrschen und in seiner Intensität nicht abnehmen.

Die „Black Lives Matter“-Aufmärsche sind keine wirklichen Proteste, sondern, wie US-Comedian Sam Hyde kürzlich treffend bemerkte, „Siegestänze“. Das politische Establishment, das Kapital, die Medien, die Universitäten, alle haben sich der Ideologie des Antirassismus unterworfen – gegen was will man da noch protestieren?

Die propagierte Gleichheitsideologie wirkt jedoch als Einbahnstraße. Wenn es darum geht, Ungerechtigkeiten zu beklagen und angebliche Nachteile aufzuzeigen, spricht man von der schwarzen Community. Wenn es aber darum geht, darüber zu sprechen, daß in Chicago fast ausschließlich Schwarze die Innenstadt verwüsteten, wird es als rassistisch gebrandmarkt.

Wenn Medien wie die New York Times sich selbst eine Diversitätsquote verschreiben, heißt das in Zeiten schwindender Auflagen, daß weiße Angestellte die Firma verlassen müssen, um schwarze neu einzustellen. Wenn eine jüngst veröffentlichte Untersuchung des US-Justizministeriums aufzeigt, daß die Yale University, asiatische und weiße Studienbewerber systematisch diskriminiert, schwarze Bewerber aber bevorzugt, dann ist das der einzige institutionelle Rassismus, der wirklich existiert.

Die USA sind auf dem besten Weg, sich zurück in eine Zweiklassengesellschaft zu entwickeln – unter umgekehrten Vorzeichen und gütiger Mithilfe linksliberaler Weißer, die an ihrem eigenen Ast sägen.

Zur Herrschaftslegitimation nutzen die „Antirassisten“ noch immer den Todesfall George Floyd. Dabei ist die Anerkennungswürdigkeit des offiziellen Narrativs, also das eines rassistischen Polizeimordes am wehrlosen Floyd, höchst zweifelhaft. Das zeigt das kürzlich geleakte einstündige Bildmaterial, das von den Bodycams zweier beteiligter Polizisten stammt.

In Kombination mit dem ärztlichen Gutachten stellen sich gleich mehrere Fragen: Warum kooperiert Floyd nicht mit der Polizei, sondern reagiert zunehmend paranoid auf seine bevorstehende Festnahme? Seinen beiden Beifahren, die bereitwillig ihre Ausweise präsentieren, passiert rein gar nichts. Warum fallen die zum Symbol gewordenen Worte „I can't breathe“ lange bevor der Polizist Derek Chauvin sein Knie auf den Hals von Floyd preßt? Sorgte die toxische Mixtur aus Fentanyl, Methamphetamin und THC in seinem Blutkreislauf für den Herzstillstand, der laut ärztlichem Gutachten für seinen Tod verantwortlich war? Und warum hinterfragen die Mainstream-Medien das Geschehene kaum?

Wenn auch nur drei der vier beteiligten Polizisten nicht wegen Mordes verurteilt werden, was durchaus wahrscheinlich ist, dürfte sich der eingeschlagene Weg in die Dystopie beschleunigen. Eine neue Gewaltwelle würde durchs Land fegen. Wie soll sich der Einzelne noch retten? Einer umfassenden Polizeireform stünde nur die

Wiederwahl Donald Trumps entgegen. Kamala Harris hat bereits angekündigt, härtere Waffengesetze durchzusetzen.

Doch während gegen eine Seite hart durchgegriffen wird, bleibt die andere häufig unbehelligt. Portlands Chef-Staatsanwalt erklärte bereits in internen Emails, bei Festnahmen von BLM-Demonstranten nicht „die volle Kraft des Strafrechtssystems zu nutzen“. Hier zeigt sich die wahre Macht. Gerade Europäer sollten also genau hinschauen, wie diese Zeitenwende in den USA vonstatten geht. Denn so viel ist sicher: Die Umgestaltung des gewohnten Zusammenlebens, ja die Umschreibung der gesamten Geschichte gemäß antirassistischer Leitlinien steht auch uns ins Haus.

## **„Kann das nicht länger unterstützen“**

**CDU: Warum ein über viele Jahre engagiertes Mitglied seiner Partei nun den Rücken kehrt / Neue Reformpläne als Auslöser  
Christian Vollradt**

In der CDU dreht sich momentan schlagzeilenträchtig alles um die Frage, wer Vorsitzender wird und Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer folgt. Wer hat sich als Krisenmanager bewährt – und wer möglicherweise Renommee eingebüßt? Und über allem schwebt dazu die Ungewißheit: Wird der nächste an der Parteispitze auch der Kanzlerkandidat – oder meint es CSU-Chef Markus Söder doch nicht so ernst mit seiner Aussage, sein Platz sei in Bayern? Noch ist offen, wie der CDU-Parteitag im Dezember ablaufen soll; am 14. September wird dies im Vorstand entschieden.

Sicher ist jedoch, daß einer so oder so nicht teilnehmen wird: Eugen Abler. Bei den vergangenen Bundestreffen hatte der Delegierte aus Baden-Württemberg mit Redebeiträgen manches Mal für Aufsehen gesorgt, Applaus – aber auch Buhrufe erhalten. Wenn er die Grenzöffnung für Asylbewerber 2015 kritisierte oder ein stärkeres Engagement für den Lebensschutz einforderte. Abler war kein hohes Tier in der Partei, aber auch keine Karteileiche. Sondern einer, der sich über Jahrzehnte in den Parteigremien und als Kommunalpolitiker für seine oberschwäbische Heimat engagiert hatte.

### **„Kehrt um – oder gebt das ‘C’ auf!“**

Der 68jährige Diplomkaufmann war über zwei Jahrzehnte Vorsitzender der CDU in Bodnegg und lange Zeit Mitglied des Kreistags Ravensburg. 13mal hatte er als Delegierter auf Parteitag gesprochen. Nun hat er nach 43 Jahren die CDU verlassen. In seiner Austrittserklärung mahnt er die ehemaligen Parteifreunde zum Abschied: „Kehrt um und bekennt euch zum Geiste des ‘C’ oder gebt das ‘C’ auf!“ Der Ravensburger Bundestagsabgeordnete Axel Müller meinte, die CDU unterliege als Volkspartei nun mal gesellschaftlichen Veränderungen. Abler habe eine „Rolle

rückwärts“ gewollt, die man ihm nicht habe bieten können. Im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT erläutert der nun Parteilose seine Motive:

*Herr Abler, nach über vier Jahrzehnten in der CDU haben Sie gerade Ihren Parteiaustritt erklärt. Warum, was sind Ihre Beweggründe?*

**Abler:** Nach und nach hat die CDU immer mehr Positionen aufgegeben. Es wurde permanent links geblinkt, und wir haben dadurch die Menschen, die ihre konservative Meinung behalten haben, verloren. Die Konservativen sind in der CDU heimatlos geworden.

*In konservativen Kreisen erzielten Sie eine gewisse Prominenz durch Ihre Wortmeldungen als Delegierter auf Bundesparteitagen, wo Sie der Führung regelmäßig ins Gewissen geredet haben. Warum sind Sie gerade jetzt ausgetreten? Befürchten Sie, daß die CDU noch weiter nach links rücken wird?*

**Abler:** Noch weiter nach links muß die Union gar nicht, denn wir sind ja schon absolut koalitionsfähig mit den Grünen. Einer künftigen schwarz-grünen Koalition wurden die meisten Steine aus dem Weg geräumt. Egal, wer Nachfolger der jetzigen Parteichefin wird, er muß nicht mehr viel Arbeit leisten – die Positionen, die einem solchen Bündnis widersprechen würden, sind längst beseitigt. So wurden etwa die „Ehe für alle“, die Gender-Ideologie oder das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare bereits etabliert. Umgekehrt vermisse ich das Eintreten für den Lebensschutz. Das geschah alles, um Machtoptionen zu halten. Nur sind wir dadurch eben in keiner Weise mehr die CDU, in die ich vor 43 Jahren eingetreten bin.

*Gab es einen letzten Auslöser, aufgrund dessen Sie gesagt haben: „Jetzt reicht es!“?*

**Abler:** Es gab eine Reihe von Punkten, von denen jeder einzelne bedeutsam war. Der letzte Auslöser ist die geplante Anerkennung der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) als Sonderorganisation, die dadurch auf einer Stufe mit beispielsweise der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) stünde. Das hat mich in der grundsätzlichen Überlegung noch bestärkt, daß ich diese Richtung nicht weiter durch meine Mitgliedschaft unterstützen kann. Da muß ich mich jetzt trennen.

*Und Sie haben keine Hoffnung, daß ein Zusammenschluß wie beispielsweise die Werte-Union noch einmal etwas drehen kann?*

**Abler:** Nein, keine echte Hoffnung. Ich war Mitglied der Werte-Union, bin dann aber wieder ausgetreten, weil mir die Überzeugung fehlt, daß diese einen höheren Wirkungsgrad erreicht. Besonders ärgerlich finde ich, daß diese Gruppierung von der CDU bekämpft wird. Und das, obwohl die Werte-Union ihre Stimme für die wertorientierten konservativen Wähler erhebt. Führende Politiker der Union behaupten, man brauche die Werte-Union nicht, während gleichzeitig die LSU als „fester Bestandteil“ bezeichnet wird und ihre organisatorische Anerkennung von der

Satzungskommission „als ein wichtiger Schritt zu noch mehr gelebter Volkspartei“ bezeichnet wird.

*Werden Sie künftig also auch einer der vielen politisch heimatlosen Konservativen sein?*

**Abler:** Wenn die Beziehung jetzt zu Ende geht, ist es wie im richtigen Leben: Dann schaut man sich nicht gleich nach einer neuen um. Insofern werde ich sicherlich noch ein Weilchen der Heimatlose sein, der politisch interessiert bleibt und sich dann sicherlich auch hin und wieder zu Wort meldet. Es ist eben ein großer Schritt für mich, nach 43 Jahren eine Partei zu verlassen, für die ich mich sehr engagiert habe. Ich gehe ohne Bitternis – aber es muß halt einfach sein, ich kann diesen Kurs nicht länger unterstützen.

**Eugen Abler**, 68, ist Diplomkaufmann und war 22 Jahre Vorsitzender der CDU im oberschwäbischen Bodnegg sowie Mitglied des Kreistags von Ravensburg. 2008 erhielt er als Bewerber für die CDU-Direktkandidatur im Bundestagswahlkreis Ravensburg 41,7 Prozent gegen den damaligen Amtsinhaber Andreas Schockenhoff (58,3 Prozent). Abler engagiert sich außerdem in seiner katholischen Kirchengemeinde und im Kolpingwerk der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

## **Die Ideologie des Antirassismus**

### **Zukunftsfrage Identität**

**Dimitrios Kisoudis**

Antirassismus ist nicht Gegnerschaft zum Rassismus, sondern eine neue Ideologie mit eigenen Forderungen. Wie sollen wir darauf reagieren? Mit einem Realismus, der wirkliche Unterschiede berücksichtigt. Denn die Massenmigration stellt die heile Gedankenwelt der alten Bundesrepublik grundsätzlich in Frage.

„Nein, es reicht nicht aus, ‚kein Rassist‘ zu sein. Wir müssen Antirassisten sein!“ Dies verkündete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 16. Juni im Schloß Bellevue. Zum Gespräch geladen waren afrikanischstämmige Vertreter der sogenannten Zivilgesellschaft, Anlaß war der Tod des Kleinkriminellen George Floyd bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis. „Antirassismus“, so Steinmeiers päpstliche Forderung an die Bürger, müsse „gelernt, geübt, vor allen Dingen aber gelebt werden.“

Am 21. Juni schrieb der sechsfache Formel-1-Weltmeister Lewis Hamilton auf Instagram: „Ihr seid vielleicht nicht rassistisch in eurem Schweigen, aber wir brauchen euch als ANTI-Rassisten. Das bedeutet, daß ihr euch und andere erziehen müßt.“ Der Sohn einer weißen Britin und eines Schwarzen gab seinen 19 Millionen Anhängern darüber hinaus Anweisungen, wie sie Aktivisten der „Black Lives Matter“-Bewegung (BLM) werden. Hamiltons Rennstall Mercedes sprang auf die Ethno-Kampagne auf und lackierte den Silberpfeil, Symbol deutscher Ingenieurskunst, in Schwarz um.

Das schwarze Dogma dieser Tage geht auf die Kommunistin und Schwarzenrechtlerin Angela Davis zurück. Sie forderte 1979 in Oakland: „In einer rassistischen Gesellschaft genügt es nicht, nicht-rassistisch zu sein, wir müssen Anti-Rassisten sein.“ Was der Bundespräsident implizierte, war also: Deutschland ist rassistisch. Davon schien auch seine Parteifreundin Saskia Esken auszugehen, als sie den deutschen Sicherheitskräften „latenten Rassismus“ unterstellte und die Einrichtung einer Beschwerdestelle zur Meldung von Rassismus und Diskriminierung verlangte.

Obwohl Deutschland offenkundig ein Problem mit Migrantengewalt hat, zwingen sie dem Land eine Rassismus-Debatte auf. Sie importieren die „Rassenfrage“ aus den Vereinigten Staaten, um die illegalen Migranten der letzten Jahre zu Unruhen aufzustacheln. Höchste Zeit für Konservative, den Streit anzunehmen und eigene Antworten auf die ethnische Frage zu finden!

Die Neuen Linken spielen Minderheiten gegen die Mehrheitsgesellschaft aus. Um möglichst viele Menschen in den Konflikt hineinzuziehen, geben sie ihrer Ideologie mehrheitsfähig klingende Namen. Wer ist schon nicht gegen Rassismus und Faschismus? Hinter dem Etikett verbirgt sich allerdings eine Utopie, die mit unserer Wirklichkeit radikal bricht: der Menschheitskommunismus.

Der Konservative beteuert brav, kein Rassist zu sein. Dabei spielt für die linken Meinungsmacher gar keine Rolle, ob er Rassist ist oder Nicht-rassist. „Rassismus“ bedeutet heute soviel wie „Unterscheidung zwischen Gruppen von Menschen“. Nach dieser Definition ist jeder Mensch Rassist, der Unterschiede sieht und benennt. Ob zwischen den Gruppen wirkliche Unterschiede bestehen, kommt für postmoderne „Forscher“ gar nicht in Betracht. Für sie ist Rassismus eine Herrschaftspraxis, die von Weißen zur Exklusion nichtweißer Menschen ausgeübt wird.

Die ethnische Mobilisierung ist für die Linksradiكالen aber nur Zwischenstufe. Ihr Endziel ist der Menschheitskommunismus, der überhaupt keine Unterschiede mehr kennt. Die Mittel dazu sind in Europa Massenmigration und Meinungstotalitarismus.

Die postmoderne Soziologie hat einen ganzen Forschungszweig ausgebildet, um Weißsein und Rassismus untrennbar zu verknüpfen: die „kritische Weißseinsforschung“. Ihren Vertretern zufolge ist die Perspektive des Weißen grundsätzlich verzerrt durch finstere Machtinteressen. Farbige wurden nicht als solche geboren, sondern erst von Weißen zu solchen gemacht. Als „People of color“ sollen



sie nun den Spieß herumdrehen und den alten Herrschaftsdiskurs gegen den Urheber wenden. Antirassismus ist Umkehrung und Persiflage des Rassismus.

Die Mischung aus Revanche und Dialektik ist es, die den Menschheitskommunismus so gefährlich macht. Hegel, der Vater der dialektischen Geschichtsbetrachtung, betrachtete Afrika als ungeschichtlichen Weltteil ohne „Bewegung und Entwicklung“, so wie seine Adepten Marx und Engels später slawische Völker als „geschichtslos“ und nutzlos für die Revolution abtaten.

Im Kampf gegen den Kolonialismus ist die erste Welle der Rezeption von Hegel und Marx verpufft. Der Vordenker des Antikolonialismus Frantz Fanon übernahm zwar Hegels Dialektik von Herr und Knecht, gab ihr aber einen falschen Akzent. Nach Hegel hängt das Bewußtsein des Herrn von der Beziehung zum Knecht ab. In der Anerkennung durch den Knecht findet der Herr Selbstbewußtsein. Fanon setzte im Kampf gegen die Herrschaft des Weißen auf sozialistische Revolution und kontinentalen Befreiungskampf. Auch nach Ende des Kolonialismus verharrt Afrika aber weitgehend in Abhängigkeit zu ethnisch fremden Mächten.

In Europa und in Amerika hingegen entdecken afrikanische Migranten und Afroamerikaner den Diskurs des Antirassismus für sich, der politische Macht verspricht. Das Erfolgsrezept: Um Knechtschaft in Herrschaft umzukehren, ist die ständige Anerkennung durch die herrschende Schicht nötig. Kniefall inklusive. „White guilt“, die weiße Schuld, trifft „Black power“, die schwarze Macht. Die unförmige weiße Antifa trifft muskelbepackte BLM-Milizen. Über Jahrhunderte seien die Schwarzen diskriminiert und unterdrückt worden. Jetzt soll eine Politik der Antidiskriminierung (affirmative action) und der Ermächtigung (empowerment) die Verhältnisse umkehren.

Die ethnische Mobilisierung ist für die Linksradiكالen aber nur Zwischenstufe. Ihr Endziel ist der Menschheitskommunismus, der überhaupt keine Unterschiede mehr kennt. Die Mittel dazu sind in Europa noch Massenmigration und Meinungstotalitarismus. Wenn Techniken der Biopolitik zum Tragen kommen, droht die Dynamik vollends zu entgleiten. Die Propaganda für Abtreibung unter Weißen auf linken Demos deutet an, zu welcher Bösartigkeit die Antirassisten und Antifaschisten fähig sind. Es ist daher höchste Zeit, diese Ideologien zu stoppen.

Die Ideologie des Antirassismus ist die linke Antwort auf die Massenmigration aus dem Süden. Sie besagt, daß man diese Migration auf keinen Fall ablehnen oder abwehren dürfe, sondern im Gegenteil annehmen und fördern müsse. Wo die Migration bereits erfolgt ist, sei sie schnellstmöglich in eine neue Normalität zu überführen. Dies geschieht durch Fortpflanzung und Einbürgerung. Das aufdringliche und allgegenwärtige „Nudging“ durch Werbeanzeigen, die schwarze Männer als Werbeträger allein oder gemeinsam mit weißen Frauen zeigen, gehört zur Verwirklichung der antirassistischen Utopie wesentlich dazu.

Dagegen berufen sich die Rechten zumeist auf die Gleichheitsidee des 20. Jahrhunderts, in dem eine relative Homogenität der Bevölkerung in Europa noch gegeben war. Doch bereits in den Dokumenten der Gleichheit war der Keim zum Umsturz der alteuropäischen Ordnung angelegt. In der UN-Menschenrechtscharta heißt es 1948, „jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft“ müßten sich die Menschenrechte „stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern“.

Mit dem Migrationspakt haben die Vereinten Nationen gleichsam ein Menschenrecht auf Migration ausgerufen. In Verbindung mit der Ideenwelt der Schwarzenbewegung stellt dieses Menschenrecht Europa vor eine ernste Herausforderung.

Gleichheit war schon damals nicht nur Abwehrrecht des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern menscheitsreligiöses Gebot für das Verhältnis aller Menschen untereinander. Mit dem Migrationspakt haben die Vereinten Nationen gleichsam ein Menschenrecht auf Migration ausgerufen. In Verbindung mit der Ideenwelt der Schwarzenbewegung stellt dieses Menschenrecht Europa vor eine ernste Herausforderung. Unsere normativen Vorstellungen von Gleichheit werden mit tatsächlicher Ungleichheit des Verhaltens konfrontiert. Anstatt die Realität mit der Norm zu bekämpfen müssen wir in dieser Lage realistisch urteilen, also von den Tatsachen her.

In Amerika hat der Druck linker Ideologen zur Blüte alternativer Forschungszweige geführt. Der Ökonom und Nobelpreisträger George Akerlof entwickelt in seinem Buch über Identitätsökonomie die These, daß ökonomische Entscheidungen stark durch ethnische Zugehörigkeit beeinflusst sind. Andere Forscher untersuchen, inwieweit genetische Nähe solidarisches oder altruistisches Handeln bedingt. Auch die Intelligenzforschung ist zur Reaktion auf linke Gesellschaftsklempnerie zu rechnen. Unnötig zu erwähnen, daß Forscher wie Charles Murray, der die glockenförmige Verteilung der Intelligenz untersuchte und dabei IQ-Unterschiede zwischen Ethnien feststellte, sich regelmäßig mit Rassismus-Vorwürfen konfrontiert sehen.

Die Auswertungen zu den standardmäßigen Studierfähigkeitstests an US-Universitäten zeigen: Antidiskriminierung oder positive Diskriminierung ist weder gerecht noch führt sie zu stabilen Verbesserungen. Sie benachteiligt überdies ethnische Asiaten, die höchste Werte erzielen, aber vergleichsweise seltener aufgenommen werden. Ethnizität ist kein Konstrukt, sondern eine Realität. Eine Studie der Stanforder Genetikerin Hua Tang hat 2005 gezeigt, daß die Selbstidentifikation von über 3.636 Individuen nur in fünf Fällen von der Clusteranalyse genetischer Daten abwich. In 99,9 Prozent der Fälle stimmten Identifikation und genetische Nähe überein.

Die Frage nach dem Zusammenhang von Genetik und Intelligenz bekommt durch die Migrationsbewegungen eine neue Aktualität. Für welche Arbeit eignen sich Migranten langfristig? Was bedeutet Armutsmigration für die arbeitsteilige Industriegesellschaft? Wenn wir falsche Antworten auf diese Fragen akzeptieren, drohen die Auswirkungen

verheerend zu sein. Und mit Verfassungspatriotismus oder zivilem Nationalismus ist hier nichts getan, weil es um Unterschiede in Kognition und Verhalten geht, nicht um Treue zur politischen Ordnung.

Die europäischen Völker stehen vor der Entscheidung: Realismus oder Menschheitskommunismus unter Preisgabe von Sicherheit, Wohlstand und Identität. Wer die neueste Revolution nicht will, muß auch nein sagen. Es steht zu viel auf dem Spiel, als daß wir aus Höflichkeit oder Ängstlichkeit linken Tabus Folge leisten dürften.

Der Menschheitskommunismus ist ebensowenig realisierbar wie der frühere Kommunismus. Aber die Schäden, die er hervorruft, werden noch weniger reversibel sein. Unter dem Druck einer antirassistischen Ideologie reicht es nicht, nicht-rassistisch zu sein. Wir müssen auch Realisten sein.

**Dimitrios Kisoudis**, Jahrgang 1981, war von 2007 bis 2016 als Regisseur und Autor für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk tätig. Im Anschluß arbeitete er ein Jahr lang für die AfD im Europäischen Parlament. Jetzt ist er Referent für einen AfD-Bundestagsabgeordneten. Auf dem Forum schrieb er zuletzt über das Asylrecht („Wir schaffen das ab“, JF 40/19).

Foto: Reklame: Das aufdringliche und allgegenwärtige „Nudging“ durch Multikulti-Fotomodells gehört zur Verwirklichung der antirassistischen Utopie wesentlich dazu